

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 94 (1968)
Heft: 36

Artikel: Es gibt keine billige Lösung
Autor: Salzmann, Friedrich
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-508082>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Es gibt keine billige Lösung

Nur unterentwickelte Stammeshäuptlinge und verantwortungslose Gangster stürzen sich heute noch leichtfertig ins Abenteuer des Krieges. Solche Naturen regieren aber in keinem modernen Staat der Welt, weil es dazu nämlich andersartige Begabungen braucht. Die Männer im Kreml sind nicht dumm, sie haben gute Nerven und politische Erfahrung. Wenn sie sich zum Ueberfall auf die Tschechoslowakei entschlossen, so hatten sie starke Gründe. Nicht blutrünstiger Imperialismus und unkontrollierbarer Machtrausch trieb sie an. Sie handelten als Gefangene ihrer Doktrin, ihres Glaubens; sie handelten aus Einsicht in ihre Notwendigkeit – wie ein Kommunist handeln muß, der von der ausschließlichen Wahrheit seiner Weltdeutung überzeugt ist!

Liberaler Kommunismus? Freilich, wenn Kommunismus eine mehr oder weniger christliche Weltverbrüderung, eine Predigt gegen den Egoismus der Besitzenden wäre – wer könnte dagegen sein, daß dieser Kommunismus mit freiheitlichen Mitteln verwirklicht werde? Aber so naiv fassen die sowjetischen Machthaber den Kommunismus nicht auf. Für sie ist er das Endstadium einer durch Klassenkampf und Weltrevolution ausgelösten Entwicklung, die man, zwar nicht als gottgewollt, aber als naturgesetzliche Zwangsläufigkeit betrachtet. Diese Entwicklung ist von Marx und Lenin, die daraus ein Programm machten, genau beschrieben worden. Trotz aller Unfrömmigkeit der Kommunisten behandeln sie Marxens Hauptwerk «Das Kapital» wie eine Heilige Schrift. Diesen Kommunismus, der sich «wissenschaftlich» nennt, kann man nicht liberalisieren. Man kann ihn nur aufgeben.

Aufgeben? Nicht einmal diese Freiheit besteht. Das «Experiment Tschechoslowakei» ist nicht nur empörend im Hinblick auf das Verhalten einer Regierung, die bei jeder Gelegenheit gegen die «Einmischung» in die inneren Angelegenheiten fremder Völker protestiert, es ist tragisch, weil es zeigt, daß die friedliche Ueberleitung von einer Diktatur zur Demokratie wahrscheinlich unmöglich ist. Der Diktaturapparat eines modernen Staates, die Durchsetzung des Ein-

partei-Herrschaftsanspruchs erfordern ein derart weitverzweigtes Netz robuster, befehlsgewohnter, ihrer ganzen Konstitution nach erzkonservativer Bonzen, daß deren Weiterverwendung in einer demokratisch gewordenen Staats- und Parteiverwaltung schlechterdings ausgeschlossen ist. Damit stellt sich für dieses Heer unumschränkter Lokalkönige und Planungsfürsten aber die nackte Existenzfrage. Wenn man ihnen mit «Liberalisierung» kommt, dann schießen sie zurück, und wenn sie nicht genug Munition haben, rufen sie den Altmeister der Weltrevolution zu Hilfe, der sich – auf höherer Ebene – ja bekanntlich mit solchen Existenznöten identifiziert.

In allem Ernst und in Kenntnis einer Ueberfülle geschichtlicher Lektionen sei es ausgesprochen: Friede kann erst einkehren, wenn im mächtigsten Land unter den Diktaturen dieses Kontinents die *liberale Revolution* erfolgreich zum Durchbruch gekommen ist; diese Revolution delegiert Macht nur noch auf Abruf, sie ist Grundvoraussetzung einer sozialen und politischen Befriedung, weil sie die gewaltlose Erneuerung der Institutionen und die friedliche Ablösung der Mächtigen zum System erhebt. Billiger ist keine Lösung zu haben. Wir selbst können nur hoffen – und das Beispiel der Funktionstüchtigkeit unserer demokratischen Einrichtungen vorleben. Was nicht immer einfach ist ...

Ernst P. Gerber

Jahr der Gewalt

Diese Zeilen gehen am 23. August in die Schreibmaschine. Ich denke, es wird keine Glosse abgeben. Das liegt am Thema. Am Thema Tschechoslowakei.

Wohin wir sehen: Zerknirschung, Empörung, und vor allem Hilflosigkeit. Aber auch Enttäuschung. Enttäuschung – auch bei mir – deshalb, weil in das tschechoslowakische Experiment Hoffnungen investiert wurden, offenbar selbst von Kreisen, die sonst andere Programmpunkte vertreten. Denn es ist bemerkenswert, wer da alles gegen die Einmischung in die Ange-

legenheiten eines sozialistischen Staates protestiert, sogar die Schweizerische Offiziersgesellschaft. Auf die Erklärung der Landesregierung, die von Kanzlisten aus der Aera des Stehpultes verfaßt worden sein muß, will ich nicht eingehen.

Der Sowjetkommunismus hat vermutlich aus ideologischer Verkrampfung eine einmalige Chance verpaßt.

In der Gefühlsaufwallung droht sich unsere Optik zu verengern. Man ist versucht, zu Maßnahmen, zu Repressalien zu greifen, die untauglich, unrealistisch sind, höchstens entschuldbar. Man ruft nach Boykott, nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen, man verlangt, sportliche Veranstaltungen mit Oststaaten abzusagen, empfiehlt, den Atomsperrvertrag nicht zu unterzeichnen, verhängt gegen die Ostbotschaften in Bern eine Liefersperre. Abbruch von Ostkontakten hilft am wenigsten den Menschen in den Ostgebieten. Solche Entschlüsse haben ohnehin nicht Bestand; sie scheitern schon an der mangelnden Solidarität. Wären Boykottklärungen mehr als emotionelle Kurz-

schlußhandlungen, dann müßten jene von 1956, nach der Ungarnkrise, logischerweise noch heute wirksam sein. Ein Kopfsprung in die Tiefkühltruhe mit der Aufschrift «Kalter Krieg» ist sinnlos.

Nach Wochen oder Monaten wird sich die Optik weiten. Sie muß es. Ohne Unrecht zu vergessen. Oder ist Spanien vergessen, sind Portugal, Südafrika, Rhodesien, Tibet, Amerikas Schwarze vergessen?

Ein Jahr der Gewalt. Vielleicht müßte man sagen, ein weiteres Jahr der Gewalt. Neben die Unterdrückung und Menschenverschleppung in der Tschechoslowakei reihen sich Griechenland, heute NATO-Partner faschistischer Prägung, und Biafra, wo täglich Tausende verhungern, wo nigerianische Truppen mit «westlichen» und «östlichen» Waffen kämpfen. Da ist ferner der Nahe Osten, da ist immer noch Vietnam. Und in diesem Jahr der Gewalt erinnern wir uns der Namen Martin Luther King und Robert F. Kennedy.

Gewalt läßt sich nicht geographisch lokalisieren.